

STUDIENGEBÜHREN IN ÖSTERREICH

Nicht nur die Familienbeihilfe ist ein Thema, das die StudentInnen zur Zeit bewegt. Auch ein anderer Punkt ist politisch wieder aktuell geworden: Sind Studiengebühren sinnvoll oder nicht? Bevor auf diese Frage eingegangen wird, gibt es einen kurzen Überblick über die Studiengebühren an Österreichs Hochschulen seit 1945 – eine unendliche Geschichte von Einführungen, Abschaffungen und Studierendenprotesten.

Text: Sandra Mathelitsch

Studiengebühren beherrschten am Beginn der Zweiten Republik die Universitäten. Das Problem lag damals allerdings nicht nur an der Tatsache der bestehenden Gebühren, sondern auch an Zusatzzahlungen, die weder den StudentInnen noch den Universitäten zugute kamen. Damit sind Gebühren gemeint, die StudentInnen bei Ablegung einzelner Prüfungen, sogenannte Prüfungstaxen, ablegen mussten. Auch „schwarze Gebühren“, zusätzlich an einzelne an Professoren

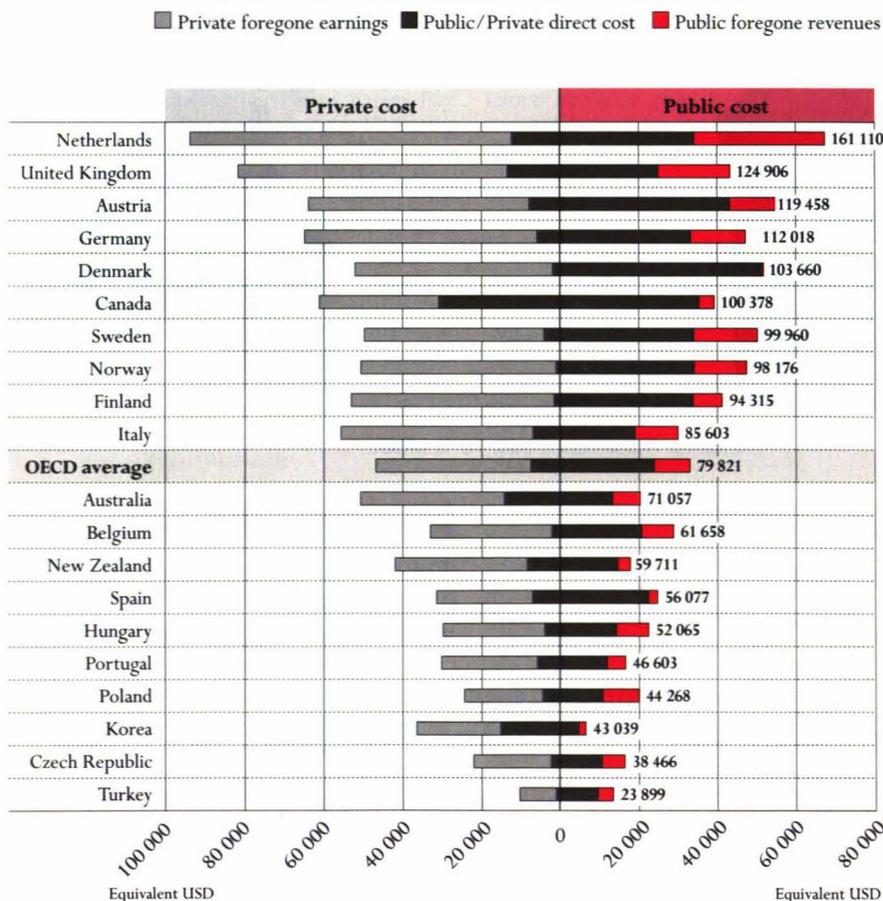
zu bezahlende Beträge, soll es gegeben haben. Da trotzdem den Universitäten immer zuwenig Geld zur Verfügung stand, wollte die Rektorenkonferenz im Oktober 1951 gar eine Verdoppelung oder sogar Verdreifachung der Studiengebühren umsetzen.

Doch schon in den 50er-Jahren ließen sich die Studierenden nicht alles gefallen und wehrten sich unter anderem mit einem demonstrativen Sitzstreik. Ein kleiner Erfolg konnte daraus erzielt werden, es gab einen Kompromiss zwischen der Regierung und den

Protestierenden, die Studiengebühren blieben allerdings weiterhin bestehen.

Erst rund 20 Jahre später, 1973, gab es unter Bruno Kreisky einen großen Schritt in der Studiengebührendebatte, nämlich zugunsten der StudentInnen. Erstmals wurde unter Kreisky ein eigenes Wissenschaftsministerium eingeführt, Ministerin war von 1970 bis 1983 Hertha Firnberg. Unter ihr wurden sowohl die Studiengebühren als sonstige verpflichtende Zahlungen seitens der Studierenden abgeschafft. Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich um eine Ersparnis von rund 730 Schilling im Jahr pro StudentIn.

Public versus private investment for a male obtaining tertiary education (2006)



Gut 30 Jahre wurde die Diskussion über Studiengebühren beseite gelegt und erst um die Jahrtausendwende wieder aus der Schublade geholt. Ende September 2000 beschloss die ÖVP- und FPÖ-Regierung die Wiedereinführung der Studiengebühren. Die Reaktion war auch diesmal wie in den 50er-Jahren – die Studierenden gingen auf die Straße. Wochenlange Demonstrationen und Proteste prägten die Schlagzeilen, wobei der Höhepunkt der Aufmärsche am 11. Oktober 2000 erreicht wurde, als 50.000 Menschen öffentlich ihre gewaltige Verärgerung zeigten. Allerdings ohne Erfolg. Mit 1. Oktober 2001 waren, nach 28-jähriger Aussetzung, wieder Studiengebühren zu entrichten, diesmal in der Höhe von 363,36 Euro pro Semester. Diese erzwungene finanzielle Belastung der Studierenden blieb nicht ohne Folgen. Nach Einführung der Gebühren sank die Studierendenzahl um 19,7%, die der Studienanfänger um 14%. In Zahlen ausgedrückt bedeutete es, dass 45.000 Studierende ihr Studium abbrachen. Im Wintersemester 2000/01 gab es rund 243.000 Studierende an Österreichs Universitäten, im darauffolgenden Wintersemester, also nach Einführung der Gebühren, waren es nur mehr rund 194.000 Studierende.

Source: Education at a Glance 2010: OECD Indicators. Tables A8.2 and A8.4. © OECD 2010

Die nächste (minimale) Änderung in dieser Debatte folgte 2004. Ab diesem

Jahr flossen die aus den Studiengebühren gewonnenen Gelder direkt in die Budgets der Universitäten, zuvor in das allgemeine Bundesbudget. Durch gleichzeitige Kürzungen der finanziellen Zuwendungen seitens des Bundes ergab sich für die Hochschulen jedoch kein nennenswerter Profit aus diesem Beschluss.

Im Sommer 2006 durfte, nach fünf Jahren, erneut ein kleiner Hoffnungsschimmer aufflackern, dass die Studiengebühren wieder Geschichte werden würden. SPÖ-Obmann Alfred Gusenbauer versprach, die Gebühren erneut abzuschaffen, falls er zum Bundeskanzler gewählt werde. Gusenbauer wurde auch tatsächlich Bundeskanzler, das Wahlversprechen wurde aber gebrochen. Im Jänner 2007, nach Bildung der großen Koalition, einigten sich die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP auf die Beibehaltung der Studiengebühren. Allerdings setzten sie sich für eine Erhöhung der Stipendien ein, die Idee der „Nachhilfe statt Studiengebühren“ scheiterte aber kläglich.

Die, bis zum heutigen Tag, letzte und noch immer aktuelle Änderung in der unendlichen Geschichte der Studiengebühren folgte im September 2008. Durch eine Gesetzesnovelle mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Grünen wurden die Studiengebühren wieder abgeschafft, allerdings nicht für alle Studierenden und mit einigen Bedingungen verbunden. Befreit von Studiengebühren sind nur Studierende, die

- ihr Studium in Regelstudienzeit plus zwei Toleranzsemester absolvieren (dieser Beschluss gilt aber nur für österreichische Staatsbürger und EU-Bürger).
- eine Berufstätigkeit über Geringfügigkeitsgrenze ausüben.
- eine Behinderung von mindestens 50% aufweisen.
- sich vorwiegend um die Betreuung von Kindern vor dem Schuleintritt kümmern.
- Studienbeihilfebezieher sind.

- länger als zwei Monate in der Ausübung ihres Studiums durch eine Krankheit oder Schwangerschaft gehindert sind.

In rund 60 Jahren wurden die Gebühren zwei Mal abgeschafft und einmal eingeführt. Auch in der momentanen bildungspolitischen Diskussion wird vehement über eine mögliche Einführung der Studiengebühren diskutiert. Nach den derzeit bereits beschlossenen Belastungen der Familien, wird der „Wunsch“ nach Studiengebühren seitens der Betroffenen selbst auch wieder lauter, nach dem Motto: „Ich zahle lieber einmal 360 Euro im Semester, als 2000 Euro im Jahr durch Kürzung der Familienbeihilfe zu verlieren.“ Natürlich sehen das nicht alle Studierenden so. Deshalb ein kurzer Denkanstoß in Form einer Liste der Pro- und Kontra-Argumente in Bezug auf Studiengebühren.



Pro

Das zusätzliche Geld, das durch Studiengebühren an die Unis gehen würde, könnte sinnvoll für (Aus-)Bildung genutzt werden.

Die Studiengebühren könnten direkt in die jeweiligen Institute der StudentInnen fließen. Somit würden Studien mit einer hohen **Studierendenzahl** mehr Geld zur Verfügung haben, mit denen sich mehr Kurse bzw. Professoren finanzieren lassen. Massenvorlesungen könnten so unterbunden werden und die Lehrenden hätten mehr Zeit für die Bedürfnisse einzelner StudentInnen.

Finanziell gäbe es für Studierende ein Plus, wenn Studiengebühren zu bezahlen wären, wenn die Familienbeihilfe weiterhin ausbezahlt wird.

Kontra

Studiengebühren sind eine weitere finanzielle Belastung für die StudentInnen. Vor allem wenn sie neben der Abschaffung der Familienbeihilfe eingeführt werden würden.

Es ist (noch) nicht gewährleistet, dass die Universitäten das Geld der Einnahmen durch die Studiengebühren erhalten und trotzdem keine Einsparungen von Seiten des Staates hinnehmen müssen.

Die Höhe der Studiengebühren ist keine Fixsumme und kann jederzeit von der Politik geändert werden. Falls die StudentInnen eine Studiengebühr akzeptieren würden gäbe es keine Gewissheit, dass diese nicht sukzessive angehoben wird.